

Inhalt

5 — **Vorwort**

Jürgen Wetzel

7 — **Berlin auf dem Weg
in eine gespaltene Stadt**

Uwe Prell

25 — **Militär in ziviler Mission – Lucius D.
Clay und die Berliner Luftbrücke**

Bryan van Sweringen

43 — **Der Insulaner verliert die Ruhe nicht**

Joachim Welz

61 — **Der Kalte Krieg und die Blockade**

Vorwort

Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Berlin zum Schauplatz eines neuen Konflikts, der sich zum Kalten Krieg zwischen Ost und West ausweiten sollte. Den Sowjets war die Insel West-Berlin inmitten der sowjetischen Besatzungszone ein Dorn im Auge. Nach der Einführung der D-Mark in den Westzonen und schließlich auch in West-Berlin sperrten die Sowjets am 24. Juni 1948 alle Land- und Wasserwege mit dem Ziel, die Westalliierten aus Berlin zu vertreiben.

Berlin war so für die Amerikaner zum Testfall geworden: Hätten sie sich verdrängen lassen, wäre auch ihre Position in Europa gefährdet gewesen. Das Schicksal West-Berlins stand auf Messers Schneide. Maßgeblich auf Betreiben von Lucius D. Clay, dem Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, startete das historisch einmalige Unternehmen Luftbrücke. Ob sich eine Zweimillionenstadt aber tatsächlich nur über die Luft mit allem Lebensnotwendigen versorgen ließe, war zu Beginn alles andere als sicher. Im ersten und letzten Beitrag dieses Bu-

ches werden die Rahmenbedingungen abgesteckt. Der frühere Direktor des Berliner Landesarchivs Jürgen Wetzel (gestorben 2022) widmet sich zu Beginn dem Schicksal Berlins auf dem Weg zur geteilten Stadt, während der Jurist und Militärhistoriker Joachim Welz die Blockade im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg verortet. Der Politologe und Historiker Uwe Prell nimmt die Schlüsselperson Lucius D. Clay in den Blick und der amerikanische Historiker Bryan van Sweringen schreibt über die Folgen der Blockade für den West-Berliner Alltag am Beispiel des Kabarettts der »Insulaner«.

Jürgen Wetzel

Berlin auf dem Weg in eine gespaltene Stadt

Nach gemeinsamer Niederringung des verbrecherischen NS-Regimes wurden bereits wenige Monate nach der Kapitulation die unterschiedlichen Vorstellungen der Besatzungsmächte über die Zukunft Berlins offenbar. Die Sowjets hofften, durch harte Konfrontation die Alliierten aus der Stadt zu verdrängen und West-Berlin ihrer Besatzungszone einzuverleiben. In der von den Westmächten beschlossenen Währungsreform fanden sie einen Anlass, die Stadt zu blockieren und unter Druck zu setzen. Die Luftbrücke, die Gegenblockade und die Standhaftigkeit der Berliner Bevölkerung zwangen die Sowjets schließlich im Mai 1949 zur Aufhebung der Blockade.

Lenin wird der Ausspruch zugeschrieben: »Wer Berlin hat, beherrscht Deutschland, und Deutschland ist der Schlüssel für Europa.« In diesem Sinne war die sowjetische Politik nach der deutschen Kapitulation ausgerichtet. Die Erober-

rung Berlins verschaffte den Sowjets den Propagandaerfolg, sie seien die eigentlichen Sieger über Hitler-Deutschland. Zwar mussten sie gemäß dem Londoner Protokoll vom November 1944 die in den Beschlüssen der »European Advisory Commission« vorgesehene Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und Berlins in vier Sektoren akzeptieren, hofften jedoch, dass die amerikanischen Truppen nicht lange in Europa bleiben würden.

Als die westlichen Alliierten vereinbarungsgemäß Anfang Juli 1945 in Berlin eintrafen, waren die Sowjets bereits zwei Monate in der Stadt und hatten administrative, kulturelle und politische Weichen gestellt. Am 17. Mai 1945 hatten sie einen von Kommunisten dominierten Magistrat und am 19. Mai einen Polizeipräsidenten eingesetzt, der formal dem Magistrat unterstand, tatsächlich aber seine Anweisungen vom sowjetischen Stadtkommandanten erhielt. Bereits wenige Tage nach der Kapitulation erlaubten die Sowjets Konzerte, Opern- und Theateraufführungen, und am 10. Juni ließen sie Parteien, Gewerkschaften und Organisationen zu. Ohne ideologische Scheuklappen förderten sie Intellektuelle und Künstler mit dem Ziel, über die Kultur die Berliner zu er-

reichen. Diese Maßnahmen sollten dazu dienen, den Sowjets vor dem Eintreffen der Westmächte einen entscheidenden Vorteil zu verschaffen.

Noch ganz im Zeichen der Euphorie über die gemeinsame Niederringung des verbrecherischen NS-Regimes errichteten die Sieger die im Londoner Protokoll als oberste Besatzungsbehörde für Berlin vorgesehene Alliierte Kommandantur. Die Westmächte akzeptierten im Befehl Nr. 1 die Forderung der Sowjets, alle von ihnen nach der Kapitulation erlassenen Anordnungen – so auch die Einsetzung des Magistrats – bestehen zu lassen. Für alle weiteren Anordnungen wurde Einstimmigkeit vereinbart. Damit wollten vor allem die Amerikaner die Geschlossenheit der Siegermächte gegenüber der deutschen Bevölkerung demonstrieren. Die negativen Auswirkungen wurden ihnen erst im zweiten Besatzungsjahr bewusst.

In der Defensive

Die Amerikaner kamen den Forderungen der Sowjets oftmals weit entgegen. Das Streben nach Verständigung, so schreibt General Lucius D. Clay, ab März 1947 Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, habe die Amerikaner

zu Kompromissen verleitet, die die wirklichen Streitfragen nur vertagten. Für ihn stand die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Verbündeten bei der Bestrafung des niedergerungenen deutschen Feindes zunächst im Vordergrund seines Handelns.

Die Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte erhielten am 26. April 1945 vom Generalstab mit der Direktive JCS 1067 eine Richtschnur, deren Kernpunkte mit den Begriffen »Prosecution« (Strafverfolgung), »Demilitarization« (Entmilitarisierung), »Denazification« (Entnazifizierung), »Non-Fraternization« (Verbot der Verbrüderung) und »Reorientation« (Neuausrichtung) bezeichnet werden können. »Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke der Befreiung«, so heißt es in der Direktive, »sondern als ein besiegter Feindstaat.«

Verbrüderungen mit deutschen Beamten und der Bevölkerung waren streng untersagt. Kriegsverbrecher sollten bestraft, alle Personen, die die Nazis aktiv unterstützt hatten, entlassen werden. Letztere hatten sich einem strengen Entnazifizierungsverfahren zu unterziehen. Für pädagogische und wissenschaftliche Einrichtungen musste man Programme der Neuausrichtung entwickeln, um

demokratisches Gedankengut zu fördern. Alle unternommenen Anstrengungen sollten nach Vorstellung von Oberst Frank L. Howley, dem Direktor der amerikanischen Militärregierung für Berlin, dazu dienen, die Berliner auf den Pfad der Demokratie zu lenken: »To lead the people of Berlin along the path of democracy.«

Als die Sowjets im Frühjahr 1946 den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) gründeten sowie die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED durchführten, war das eine offene Kampf-ansage gegen die amerikanischen Bestrebungen nach einer moralischen Erneuerung und demokratischen Entwicklung in Berlin. So sahen sich die Amerikaner und ihre Verbündeten auf allen Gebieten in die Defensive gedrängt. Der Magistrat, die Parteien, die Gewerkschaften und Verbände waren inzwischen dem sowjetischen Einfluss ebenso ausgesetzt wie die Medien und die kulturellen Institutionen. Es wurde immer offensichtlicher, dass die Sowjets die Westalliierten aus Berlin drängen und die Stadt ihrer Zone einverleiben wollten.

Bald setzten die Amerikaner der sowjetischen Offensive Widerstand entgegen. Wenn sie

ihre Position in Berlin behaupten und die weitere Ausbreitung des Kommunismus verhindern wollten, mussten sie vor allem die Berliner für die Ideale der westlichen Gesellschaftsordnung gewinnen. Fortan setzten sie sich vehement für freie Wahlen ein, um dem Magistrat eine demokratische Legitimation zu verschaffen und den kommunistischen Einfluss zu begrenzen. Die Berliner wiederum fühlten sich dem Westen enger verbunden als dem Osten.

Konfrontation

In krasser Fehleinschätzung dieser Stimmung genehmigten die Sowjets im Sommer 1946 die Abhaltung freier Wahlen, die der SED am 20. Oktober mit nur 19,8 Prozent der abgegebenen Stimmen eine herbe Niederlage einbrachten. Die Berliner entschieden sich mit über 80 Prozent für die pluralistische Demokratie und demonstrierten damit den Sowjets, dass sie Gesamtberlin auf legalem Wege nicht bekommen würden. Während die Amerikaner nach den Wahlen die sich entwickelnde Selbstverwaltung unterstützten, gingen die Sowjets zur Verschleppungstaktik über. Sie nutzten ihr Vetorecht in der Alliierten Kommandantur gegen die Konsolidierung der Verwaltung.

Sie verweigerten die Bestätigung der Wahl Ernst Reuters zum Oberbürgermeister und betrieben die Entlassung des Stadtrates für Volksbildung, Siegfried Nestripke, der sich dem Einfluss der SED in der Kultur- und Schulpolitik widersetzte.

Im Widerspruch zu den Vereinbarungen der Alliierten, sich nicht öffentlich anzugreifen, gingen die Sowjets zu direkten Attacken gegen die Amerikaner über und versuchten mithilfe der SED, ihre Position in der Berliner Verwaltung auszubauen. Nach monatelangen Angriffen gab General Clay im Herbst 1947 die bisherige Zurückhaltung auf und startete die »Operation Back-Talk« oder »Action Take the Gloves off«. Die heiße Phase des Kalten Krieges begann. Mithilfe der Kulturinstitutionen und Medien, vor allem dem zur stärksten Sendestation Europas ausgebauten Rundfunk im Amerikanischen Sektor (RIAS), sowie der Verlockungen des »American Way of Life« begann der ideologische Abwehrkampf und der Wettlauf um die Gunst der Berliner.

Berlin war für die Amerikaner nun zum Testfall geworden. Ließen sie sich aus der Stadt verdrängen, ginge ihre Glaubwürdigkeit verloren und ihre Position in Europa wäre gefährdet. Im

Frühjahr 1948 bereiteten sie sich auf die große Auseinandersetzung vor und hofften auf die Standfestigkeit der Berliner.

Diese garantierte eine Persönlichkeit, die, unbelastet von der NS-Vergangenheit, den Amerikanern zwar oft zu selbstbewusst gegenübergetreten war, ihnen in dieser Situation jedoch der wichtigste Verbündete wurde: Ernst Reuter. Die Ablehnung seiner einstimmigen Wahl zum Oberbürgermeister durch die Alliierte Kommandantur empfanden die Stadtverordneten als Schlag gegen die demokratische Selbstverwaltung. Aus Protest verzichteten sie auf eine erneute Wahl und übertrugen im Einverständnis mit den Alliierten Louise Schroeder die Amtsgeschäfte. Wenn auch nicht de jure, so war Ernst Reuter jedoch de facto der eigentliche Leiter der Verwaltung und der unumstrittene charismatische Führer im Kampf um die Selbstbehauptung der Stadt. In allen Fragen der Verwaltung stützte sich Louise Schroeder auf seinen Rat.

Reuter wollte den Widerstandswillen der Berliner wachhalten und den Westen daran erinnern, die Stadt nicht aufzugeben. Auf einer Kundgebung vor dem Reichstag zum 100. Jahrestag der Revolution am 18. März 1948 erklärte er im Hin-

blick auf die weitere Ausbreitung des Kommunismus:

»Diese gewaltige Kundgebung hier hat gezeigt, dass wir zusammenstehen können, weil wir Berliner wissen, was wir wollen. Uns wird niemand betrügen! Wir haben erkannt, worum hier in Berlin gekämpft wird. Bang fragt sich die Welt: Was wird kommen? Prag, Finnland – wer kommt dann dran? – Berlin wird nicht drankommen! An unserem eisernen Willen wird sich die kommunistische Flut brechen! Und darum wird auch die Welt wissen, dass sie uns nicht im Stich lassen darf, und sie wird uns nicht im Stich lassen!«

Reuter vertrauten die Berliner, und auf ihn konnten sich die Westmächte, vor allem die Amerikaner, verlassen.

Im Frühjahr 1948 erarbeitete die amerikanische Militärregierung Pläne für den Fortbestand ihrer Präsenz in Berlin wegen der sich schon abzeichnenden Blockade der Westsektoren. Sie ließ Lebensmittel- und Kohlevorräte heranschaffen und verhinderte aufkommende Panik, indem sie eine Evakuierung amerikanischer Familienangehöriger verhinderte. Um den zunehmenden Übergriffen auf Personen- und Güterzüge zu begegnen, startete sie die »Operation Coun-

terpunch« und ließ mehr und mehr Transporte durch Flugzeuge ausführen.

Die sich verschärfenden Gegensätze in der Deutschlandpolitik hatten bereits am 20. März 1948 zum Ausscheiden der Sowjets aus dem Kontrollrat geführt. Sie suchten nach einer Gelegenheit, auch die Arbeit der Alliierten Kommandantur zu blockieren. Sie fanden dafür am 16. Juni einen fadenscheinigen Anlass. Als Oberst Howley nach 13-stündigen Verhandlungen mit Genehmigung des Vorsitzenden die Sitzung verließ, sahen die Sowjets darin einen Affront und stellten aus Protest ihre Mitwirkung in der Alliierten Kommandantur ein. Der wahre Grund aber waren die sich abzeichnenden Veränderungen in den Westzonen.

Währungsreform und Blockade

Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Konsolidierung beabsichtigten die drei Westgouverneure, zum 20. Juni eine Währungsreform durchzuführen. In einem Schreiben vom 18. Juni unterrichteten sie den sowjetischen Militärgouverneur, Marschall Wassili Danilowitsch Sokolowski, von ihrem Vorhaben und betonten, Berlin gemäß der Viermächtevereinbarung von der Einführung der